

# "Nicht jeder Taliban ist ein Terrorist"

Das Auswärtige Amt sieht die radikalen Islamisten in einem Medienkrieg gegen den Westen. Rainer Arnold, Verteidigungsexperte der SPD, erklärt auf WELT ONLINE, warum er die Taliban nicht pauschal verurteilen mag und wie er sich die Zukunft des Bundeswehreinsatzes vorstellt.

**WELT ONLINE:** Das Auswärtige Amt hat die Taliban als „Zeremonienmeister des Terrors“ bezeichnet und ihnen vorgeworfen, einen modernen Medienkrieg zu führen. Wie kann man sich gegen diese Propaganda wehren? Wird die Politik einknicken?

**Rainer Arnold:** Dass die Taliban einen Medienkrieg führen, wird niemand mehr leugnen können. Wir dürfen jetzt allerdings nicht den Fehler machen, uns davon einschüchtern zu lassen und unser Engagement vor Ort jetzt jedes Mal zur Diskussion zu stellen. Damit hätten die Taliban ihr Ziel erreicht. Wichtig ist mir aber, dass nicht jeder Taliban ein Terrorist ist. Wir müssen da differenzierter diskutieren. Die Taliban mögen Anhänger eines fundamentalistischen Islamismus sein, militant sind sie nicht zwangsläufig.

**WELT ONLINE:** Der Ingenieur, dessen Leichnam gestern nach Deutschland überführt wurde, war am Aufbau in Afghanistan beteiligt. Kann man dort gegenwärtig überhaupt noch sinnvoll Entwicklungshilfe leisten?

**Arnold:** Im Norden ganz sicher. Im Süden liegen die Dinge schon weitaus komplizierter. Dort müssen alle Aufbauarbeiten noch enger mit der Stabilisierungskomponente verzahnt werden.

**WELT ONLINE:** Hat Frank-Walter Steinmeier Recht, wenn er fordert, Deutschland müsse die Zahl der Bundeswehrsoldaten erhöhen?

**Arnold:** Ein einfaches „Weiter so!“ jedenfalls würde den Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir wissen im Augenblick eigentlich ziemlich genau, was getan werden müsste – allein die Umsetzung stockt noch. Eines der größten Defizite ist sicher der Aufbau der ANA, der Afghanischen Nationalarmee. Der geht viel zu langsam vonstatten. Die Armee hat längst noch nicht die Qualität, die sie haben müsste, und auch technisch ist sie noch nicht in der Lage, die nötige Sicherheit herzustellen. Insofern hat der Außenminister Recht: Wir müssen mehr tun.

**WELT ONLINE:** Mutet der Minister Ihrer Partei damit nicht zuviel zu?

**Arnold:** Die Debatte über die Afghanistan-Task-Force wird innerhalb der

SPD auf sehr hohem Niveau geführt. Ich habe schon den Eindruck, dass man in der Fraktion bereit ist, im Rahmen des Stabilisierungsmandats der ISAF auch weiterhin Verantwortung zu übernehmen.

**WELT ONLINE:** Die Grünen wollen ihre Position zum Afghanistaneinsatz im September auf einer Sonderdelegiertenkonferenz klären. Wäre das auch eine Option für die SPD?

**Arnold:** Ich denke nicht, dass das ein Thema ist, das man auf einem Parteitag klären muss. Wir werden unsere Positionen in der Fraktion – natürlich auch im Dialog mit der Partei – in den nächsten Wochen zu formulieren haben. Die Regierung hat uns zu Beginn der Debatte um die Risiken der Operation Enduring Freedom sehr genau zugehört. Umgekehrt hören wir der Regierung jetzt auch sehr genau zu, wenn es um die außenpolitische Verantwortung Deutschlands geht. Mit dieser Verantwortung im Hinterkopf jetzt ein kluges Mandat zu machen, das ist die Aufgabe der nächsten Wochen.

**WELT ONLINE:** Der Militärführer der Taliban hat erklären lassen, jeder Ausländer sei fortan gefährdet. Würden Sie trotzdem wieder nach Afghanistan fahren?

**Arnold:** Klare Antwort: Ja.